

Ausgabe Nr. 18 / 29.11.2001

In aller Kürze

➤ Seit dem 1. April 1999 gelten für die Sozialversicherung und Besteuerung der 630-DM-Jobs neue gesetzliche Regelungen. Um ihre Wirkungen auszuloten, wurden im Rahmen der IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im 4. Quartal 2000 auch Fragen zur geringfügigen Beschäftigung (gfB) gestellt, insbesondere zu betrieblichen Einschätzungen und Reaktionen.

➤ Nach den Ergebnissen der Erhebung hat zwar die gesetzliche Neuregelung auf den *Umfang* der gfB im Ganzen wenig Einfluss gehabt. Ihre *strukturellen* Wirkungen sind allerdings beachtlich. So nahm die geringfügige Nebenbeschäftigung deutlich ab und die ausschließlich geringfügige Beschäftigung zu.

➤ Die weit überwiegende Mehrheit aller Betriebe gab an, von der Neuregelung nicht nennenswert betroffen zu sein. Lediglich 22% der westdeutschen und 9% der ostdeutschen Betriebe berichteten über nennenswerte Auswirkungen. An erster Stelle standen bei diesen Betrieben die Streichung oder Einschränkung der 630-DM-Jobs. Von geringerem Gewicht waren Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitszeitverlängerungen (vgl. *Graphik*).

➤ Bei der Personalplanung bis Herbst 2001 wird sich in dieser Hinsicht nicht viel ändern: Rund 80% der Betriebe, die schon gfB nutzen, wollen dies auch weiterhin tun; nur 4% wollen künftig auf diese Beschäftigungsform verzichten, 15% sind noch unentschieden.

Autor/in

Emil Magvas

Neuregelung der 630-DM-Jobs

Geringfügige Beschäftigung aus betrieblicher Perspektive

Ergebnisse aus der IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot zeigen vor allem strukturelle Wirkungen der Gesetzesänderung

Seit dem 1. April 1999 gelten für Sozialversicherung und Besteuerung der geringfügigen Beschäftigung, der sog. 630-DM-Jobs, neue gesetzliche Regelungen. Dies hat schon damals große öffentliche Aufmerksamkeit gefunden und bis heute zu oft kontroversen Diskussionen über deren Auswirkungen geführt.¹

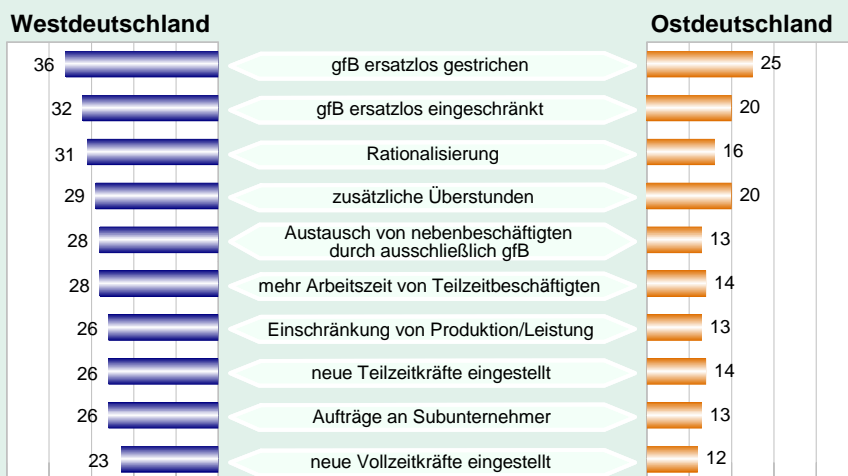
Da seit April 1999 die geringfügig Beschäftigten in das "normale" Meldeverfahren zur Sozialversicherung einbezogen sind, können diese Fälle nun gesondert gezählt werden (*siehe Kasten, Seite 3*).

Für Ende Juni 2000 werden von der BA (als vorläufige Zahlen) für das Bundesgebiet West 3.610.000 geringfügig

entlohnte Beschäftigte und für das Bundesgebiet Ost 443.000 ausgewiesen. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitpunkt waren das im Westen 330.000 Beschäftigte (+10 %) und im Osten 65.000 (+17 %) mehr. Diese Zunahme hat im Jahr 2000 erheblich zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahl beigetragen. Sie machte etwa 2/3 der Gesamtzunahme von 625.000 Personen aus.

Betriebliche Reaktionen auf die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung (gfB)

In 22% der west- und 9% der ostdeutschen Betriebe hatte die Neuregelung nennenswerte Auswirkungen. Von diesen reagierten darauf ... % mit folgenden Maßnahmen:



Mehrfachnennungen möglich

Quelle: IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot

¹ Vgl. Rudolph, H.: Geringfügige Beschäftigung – Das 630-DM-Gesetz: Was ändert sich für wen? IAB-Kurzbericht Nr. 11/1999

Zum gesamten Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer tragen die geringfügig Beschäftigten aufgrund ihrer niedrigen tatsächlichen Arbeitszeit aber nur relativ wenig bei. Auf die rd. 13 % geringfügig Beschäftigten unter allen Arbeitnehmern entfielen im Jahresdurchschnitt 2000 lediglich rd. 4 % des gesamten Arbeitsvolumens der Arbeitnehmer.

Wegen ihrer zahlenmäßigen Bedeutung und ihrer Rolle für die Flexibilität am Arbeitsmarkt wurden im Rahmen der IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot² im 4. Quartal 2000 auch Fragen zur geringfügigen Beschäftigung gestellt.

Die Hochrechnung der Befragungsergebnisse ergibt zum September 2000 für Westdeutschland 3,4 Mio geringfügig entlohnte Beschäftigte und für Ostdeutschland 0,3 Mio. Angesichts der unterschiedlichen Erhebungsverfahren (siehe Kasten) können die Abweichungen von der Statistik als gering gelten.

Außerdem stimmen die Strukturdaten aus der IAB-Erhebung mit denen der BA-Statistik zur geringfügigen Beschäftigung gut überein. Dies gilt z.B. für die Verteilung der Beschäftigten nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und nach Wirtschaftszweigen. Beide Quellen zeigen, dass geringfügige Beschäftigung überwiegend von Frauen ausgeübt wird (Frauenanteil in Westdeutschland gut 70 %, in Ostdeutschland 60 %). Übereinstimmend konzentriert sich die geringfügige Beschäftigung in West und Ost auf die Dienstleistungsbranchen, wie Handel, Gastgewerbe, soziale oder wirtschaftsnahe Dienste.

In der IAB-Erhebung wurde aber vor allem Fragen nachgegangen, die die BA-Statistik nicht beantworten kann, wie nach bestimmten strukturellen Aspekten sowie zu betrieblichen Einschätzungen und Reaktionen. Die betriebliche Sicht und Praxis der geringfügigen Beschäftigung kann deshalb im Folgenden näher beleuchtet werden.³

Geringfügige Beschäftigung stark verbreitet

Jeder zweite westdeutsche Betrieb und jeder dritte ostdeutsche hatten im September 2000 geringfügig Beschäftigte („geringfügig Beschäftigte“ wie auch „geringfügige Beschäftigung“ im Weiteren mit „gfb“ abgekürzt). Im Vergleich zur Situation vor der gesetzlichen Neuordnung (März 1999) lag dieser Anteil im Westen um 4 %-Punkte niedriger, im Osten um 4 %-Punkte höher. Berücksichtigt man aber die Beschäftigtengewichte⁴, die hinter den Betriebszahlen jeweils stehen, so hat auch im Westen die Verbreitung der gfb in den fraglichen eineinhalb Jahren nicht abgenommen (vgl. **Tabelle 1**).

Mit zunehmender Betriebsgröße nimmt der Anteil der gfb an allen Beschäftigten ab. Von den Kleinstbetrieben (bis 9 Beschäftigte) haben zwar weniger als der Durchschnitt aller Betriebe 630-DM-Kräfte beschäftigt (September 2000: 45 % im Westen, 25 % im Osten). Der Anteil der gfb an der Gesamtzahl der Beschäftigten in dieser Betriebsgrößenklasse ist mit 22 % aber doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller westdeutschen Betriebe (11 %). Die entsprechende Relation im Osten beträgt 10 % zu 5 %. Betriebe mit 1000 und mehr Beschäftigten weisen in Westdeutschland nur noch 4 % ihrer Belegschaft als gfb aus. Ähnliches gilt – auf niedrigerem Niveau – auch für die ostdeutschen Betriebe.

Diese Befunde stehen im engen Zusammenhang mit der wirtschaftsfachlichen Verteilung der gfb: Sie tendiert generell zu den Dienstleistungsbranchen, in denen kleinere Betriebe dominieren. Überdurchschnittlich verbreitet ist die gfb sowohl im Westen als auch im Osten in den sozialen Dienstleistungen⁵ (Anteile an allen Betrieben im Westen knapp 60 %, im Osten 40 %), den konsumnahen Dienstleistungen⁶ (Westen rd. 70 %, Osten 33 %) und im Handel (Westen 54 %, Osten 31 %). Hinzu kommen im Westen Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Osten wirtschaftsnahe Dienstleistungen⁷.

Tabelle 1

Verbreitung der geringfügigen Beschäftigung		
Zeit	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Anteil der Betriebe/Verwaltungen in %	
Gewichtung: Betriebe		
März 1999	56	26
September 2000	52	30
Gewichtung: Beschäftigte		
März 1999	61	26
September 2000	62	30

Quelle: IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot

² IAB-Projekt Nr. 2-382. Die Erhebung 2000 wurde von Economix Research & Consulting, Gräfelfing/München durchgeführt. An ihr haben sich in Westdeutschland rd. 3500 Betriebe/Verwaltungen und in Ostdeutschland rd. 4000 beteiligt.

³ Die mit der gfb verbundenen Implikationen aus der Sicht der Beschäftigten wurden im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels untersucht. Vgl. Heineck, G.; Schwarze, J.: Auswirkungen der Einführung der Sozialversicherungspflicht für geringfügige Beschäftigung – Eine Evaluation des „630-DM-Jobs“-Reformgesetzes, in: MittAB 3/2001, S. 314-327

⁴ Die Ergebnissgewichtung aus der Erhebung erfolgt im Hinblick auf die beiden Verteilungen Betriebe und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (jeweils nach 22 Wirtschaftszweigen und 6 Betriebsgrößen). Damit wird die Anpassung der Struktur der Befragungsergebnisse auf der geschichteten Stichprobe an die Struktur der Grundgesamtheit aus der BA-Statistik hergestellt. Für die sachgerechte Wertung von Befragungsergebnissen, die sich auf Angaben zu Beschäftigten beziehen, ist die Gewichtung nach dem Beschäftigungskonzept aussagekräftig und unverzichtbar.

⁵ Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur, Sport, Unterhaltung, Interessenvertretungen u. a.

⁶ Gastgewerbe, private Haushalte, Wäschereien, chemische Reinigungen, Frisöre, Kosmetik, Bäder, Saunas u. a.

⁷ Grundstückswesen, Wohnungswesen, Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung, Beratung, Werbung, Entsorgung, Reinigungsgewerbe u. a.

84 % der westdeutschen und 81 % der ostdeutschen Betriebe, die *schon im März 1999 gFB hatten*, weisen sie auch noch eineinhalb Jahre später auf. Darauf verzichtet haben mittlerweile 15 % im Westen und 17 % im Osten (Differenz zu 100 %: Fälle ohne Angaben). Andererseits haben je 12 % der Betriebe in West und Ost, die *im März 1999 keine gFB hatten*, inzwischen gFB eingestellt. Ob und in welchem Umfang diese Veränderungen auf die gesetzliche Neuregelung zurückzuführen sind, kann aus den Befragungsergebnissen nicht abgeleitet werden. Jedenfalls hat sich *per Saldo* an der Verbreitung dieser Beschäftigungsform insgesamt offensichtlich kaum etwas geändert.

Strukturveränderungen innerhalb der geringfügigen Beschäftigung

Nach der Art der gFB ergibt sich folgendes Bild, wobei wegen der gesetzlichen Neuregelung die Gruppen in den Jahren 1999 und 2000 nicht voll vergleichbar sind (vgl. **Tabelle 2**):

Der Anteil von *ausschließlich gFB* ist gestiegen. Als *Nebenbeschäftigung* ist die gFB besonders im Westen stark zurückgegangen. Die gesetzliche Neuregelung hat also zu größeren Umschichtungen innerhalb der gFB geführt. Zugleich hat sich der Anteil mit der (betrieblichen) Nennung "ist uns nicht bekannt" fast halbiert. Offenbar hat sich die interne Transparenz der betrieblichen Beschäftigungssituation verbessert.

Das Angebot an gFB schätzen die Betriebe wie folgt ein: Die Frage, ob es genügend Bewerber für eine gFB gäbe, bejahte etwas weniger als die Hälfte der Betriebe, die in den letzten 12 Monaten gFB gesucht haben (West 41 %, Ost 44 %). Die Betriebe, nach deren Meinung es nicht genügend Bewerber für 630-DM-Jobs gab (West und Ost je 54 %), führten dies überwiegend auf die gesetzliche Neuregelung selbst zurück. Diese Beschäftigungsform sei wegen der veränderten Besteuerung und der Versicherungsbeiträge nun weniger attraktiv. Seltener werden als Grund ungünstige Arbeitszeiten, die Art der Arbeit (beides

sicherlich oft verbunden), fehlende Arbeitskräfte im betrieblichen Umfeld bzw. ungenügende Qualifikation, geringe Motivation und geringes Interesse der Be-

werber genannt. Sauber trennen und gewichten lassen sich diese Gründe zwar nicht, Hinweise auf die betriebliche Sicht der Dinge geben sie aber wohl.

Tabelle 2

Struktur der geringfügigen Beschäftigung (Anteile an allen gFB in %)		
Gruppe	Westdeutschland	Ostdeutschland
März 1999		
ausschließlich gFB	65	74
als Nebenbeschäftigung	18	10
unbekannt	17	16
September 2000		
kurzfristige gFB	3	6
geringf. entlohnte gFB	77	77
geringf. Nebenbeschäftigung	11	8
unbekannt	9	9

Quelle: IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot

Gewichtung: Betriebe

Geringfügige Beschäftigung in der Statistik

Im Mai dieses Jahres wurden von der BA zur geringfügigen Beschäftigung vorläufige Werte für folgende Zeitpunkte veröffentlicht: Ende Juni, September und Dezember 1999, Ende März und Juni 2000 (vgl. BA (Hrsg.): ANBA, Nr.5/2001, S.543-560). Diese Angaben beziehen sich auf die sog. geringfügig entlohnten Beschäftigten als die größte Gruppe der gFB. Es fehlen die kurzfristig Beschäftigten (Saisonarbeitskräfte mit einer Beschäftigungsdauer bis 2 Monaten oder von 50 Tagen im Jahr), für die noch keine zuverlässigen statistischen Ergebnisse ermittelt werden konnten. Auch die Beschäftigten mit geringfügiger Nebenbeschäftigung, die einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung nachgehen, lassen sich im Meldeverfahren (noch) nicht identifizieren. In der Beschäftigtenstatistik der BA wird unter einem Versichertenkonto höchstens ein Beschäftigungsverhältnis ermittelt. Somit werden Personen, nicht Beschäftigungsverhältnisse ausgewiesen.

Bei der IAB-Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot wurde im 4. Quartal 2000 erstmals auch nach der gFB gefragt. Die Abweichungen zwischen den Ergebnissen beider Datenquellen bezüglich der Gesamtzahl ergeben sich v. a. aus methodischen Unterschieden der Datengewinnung: Bei der BA-Statistik handelt es sich um eine Vollzählung mit mehrronatiger Wartezeit auf der Basis einer gesetzlichen Meldepflicht, bei der IAB-Erhebung um Hochrechnungsergebnisse aus einer Stichprobe mit freiwilliger Teilnahme. Des weiteren sind die Zeitpunkte für die Datenerfassung nicht gleich: Bei der BA-Statistik liegen die letzten Ergebnisse z.Zt. für Ende Juni 2000 vor (mit einer Wartezeit von 6 Monaten), bei der IAB-Erhebung für September 2000. Da die Ergebnisse der BA-Beschäftigtenstatistik als vorläufig bezeichnet werden, sind Revisionen nicht auszuschließen. Es ist aber zu erwarten, dass diese Statistik valide Zeitreihen liefern wird, sobald sie sich in die Statistiklandschaft der BA eingliedert hat. Sie werden als Bezugsdaten auch für andere beschäftigungsrelevante Sachverhalte unverzichtbar sein.

Nur wenige Betriebe reagierten auf Neuregelung

Etwa ein Fünftel aller westdeutschen und ein Zehntel aller ostdeutschen Betriebe gaben an, dass die gesetzliche Neuregelung der gFB bei ihnen nennenswerte Auswirkungen gehabt habe (vgl. **Tabelle 4**). Etwas gewichtiger werden die Auswirkungen von den Betrieben eingeschätzt, die im März 1999 schon gFB hatten. 29 % dieser Betriebe im Westen und 19 % im Osten benannten nennenswerte Auswirkungen.

Eine Übersicht über die Reaktionen der Betriebe, die nennenswerte Wirkungen durch die gesetzliche Neuregelung feststellten (im Westen 22 %, im Osten 9 % aller Betriebe), gibt **Tabelle 3**. Sie zeigt, dass die Betriebe meist mehrere Maßnahmen zugleich ergriffen haben. Deshalb ist die Spaltensumme der Prozentanteile größer als 100.

Im Ganzen reagierten westdeutsche Betriebe auf die Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelung mit einem breiteren Spektrum von Maßnahmen als die ostdeutschen (durchschnittlich 2,8 zu 1,6 Nennungen). An erster Stelle steht sowohl im Westen als auch im Osten der ersatzlose Verzicht auf gFB: 36 % bzw. 25 % der Betriebe, die Auswirkungen angeben. Fast ebenso oft wird die ersatzlose Einschränkung der gFB genannt (32 % bzw. 20 %). Diese Maßnahmen wurden auch überwiegend als "sehr wichtig" oder "wichtig" eingestuft. Von einiger Bedeutung sind des Weiteren Rationalisierungsmaßnahmen und eine Verlängerung der Arbeitszeit (bei Teilzeitbeschäftigten sowie durch Überstunden). Schließlich verdienen auch die Beschäftigungseffekte hervorgehoben zu werden (mehr Teilzeit- und/oder Vollzeitkräfte eingestellt, Austausch von nebenbeschäftigten gFB durch ausschließlich gFB). Immerhin berichteten im Westen jeweils ein

Viertel der Betriebe, solche Austauschprozesse vollzogen zu haben. Allerdings dürfte es in gewissem Umfang auch zur Einschränkung betrieblicher Aktivitäten gekommen sein. Diese Reaktionen wurden jedoch meist als "weniger wichtig" bewertet. Die übrigen Arten von Auswirkungen spielen keine große Rolle.

Es ist nicht überraschend, dass die Betriebe, die schon vor Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelung gFB hatten, deren Auswirkungen intensiver als die übrigen gespürt und mit mehr Maßnahmen darauf reagiert haben. Die westdeutschen Betriebe mit 630-DM-Kräften im März 1999 benannten im Durchschnitt 3,7 verschiedene Auswirkungen, die ostdeutschen 2,6. In der Rangfolge der angegebenen Auswirkungen zeigen sich allerdings weder im Westen noch im Osten im Vergleich zu allen Betrieben wesentliche Unterschiede.

Auf kurze Sicht wenig Änderung

Mit Blick auf die nächsten 12 Monate gaben je knapp 80 % der west- und ostdeutschen Betriebe mit gFB im September 2000 an, solche Kräfte auch weiterhin beschäftigen zu wollen (vgl. **Tabelle 4**). Von den anderen Betrieben planten jeweils rd. 5 % gFB einzustellen. Die Betriebe aus den Wirtschaftszweigen mit überdurchschnittlicher Verbreitung der gFB wollten diese auch weiterhin unverändert intensiv nutzen. Nur je 4 % im Westen und Osten wollten künftig keine gFB mehr beschäftigen. Immerhin 15 % der Betriebe waren sich noch unsicher über den weiteren Einsatz von 630-DM-Kräften. Die Einschätzungen über die prospektive Entwicklung bei west- und ostdeutschen Betrieben/Verwaltungen stimmen trotz unterschiedlicher Verbreitung der gFB weitgehend überein.

Fazit

Die gesetzliche Neuregelung hat im Ganzen auf den **Umfang** der geringfügigen Beschäftigung offenbar wenig Einfluss gehabt. Die **strukturellen** Wirkungen und die mit diesen verbundenen Umschichtungen sind allerdings beachtlich. So hat die geringfügige *Nebenbeschäftigung* (mit sozialversicherungspflichtigem Haupterwerb) deutlich abgenommen, die *ausschließliche* geringfügige Beschäftigung zugenommen.

Die weit überwiegende Mehrheit der Betriebe – ob mit oder ohne geringfügig Beschäftigte – gab an, von der gesetzlichen Neuregelung nicht nennenswert betroffen zu sein. Eine Minderheit von 22 % der westdeutschen und 9 % der ostdeutschen Betriebe berichtete über nennenswerte Auswirkungen. An erster Stelle standen der Verzicht oder die Einschränkung der geringfügigen Beschäftigung. Von kleinerem Gewicht waren Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitszeitverlängerungen sowie Neueinstellungen von Teilzeit- oder Vollzeitkräften. Auch zu Einschränkungen der betrieblichen Produktion oder des Leistungsangebots dürfte es in relativ geringem Maße gekommen sein.

Nach ihrer Personalplanung bis Herbst 2001 gefragt, berichteten nur sehr wenige Betriebe, die bereits geringfügig Beschäftigte hatten, künftig auf diese Beschäftigungsform verzichten zu wollen (in West und Ost jeweils 4 %). Die überwiegende Zahl will auch weiterhin geringfügige Beschäftigung nutzen, jeder siebente Betrieb war noch unentschieden.

Tabelle 3

Betriebliche Reaktionen auf die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung (22 % der westdeutschen und 9 % der ostdeutschen Betriebe)								
Art der Auswirkung ¹⁾	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	alle Nennungen	davon ²⁾			alle Nennungen	davon ²⁾		
		sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig		sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig
(Anteil in %)								
gfB ersatzlos gestrichen	36	15	8	13	25	10	7	8
gfB ersatzlos eingeschränkt	32	12	7	13	20	7	6	7
Rationalisierung	31	10	8	13	16	5	4	7
zusätzliche Überstunden	29	7	7	15	20	5	7	8
Austausch von nebenbeschäftigten durch ausschließlich gfB	28	6	7	15	13	3	2	8
mehr Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten	28	5	7	16	14	2	4	8
Einschränkung von Produktion/Leistung	26	5	5	16	13	2	2	9
neue Teilzeitkräfte eingestellt	26	3	6	17	14	2	2	10
Aufträge an Subunternehmer	26	3	5	18	13	2	2	9
neue Vollzeitkräfte eingestellt	23	2	3	18	12	2	2	8
zusammen	285	-	-	-	160	-	-	-

¹⁾ Mehrfachnennungen waren möglich.

Gewichtung: Betriebe

²⁾ Differenz zu 100%: Fälle ohne Angaben.

Quelle: IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot

Tabelle 4

Geringfügige Beschäftigung in West- und Ostdeutschland (4. Quartal 2000, Anteile in %)												
	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	Ins-ge-samt	Sektoren mit überdurchschnittl. gfB					Ins-ge-samt	Sektoren mit überdurchschnittl. gfB				
		Nahrg./Genuss	Handel	Verkehr/Nachr.	konsum-nahe Dienstl.	soziale Dienstl.		Nahrg./Genuss	Handel	konsum-nahe Dienstl.	soziale Dienstl.	wirtschafts-nahe Dienstl.
Anteil Betriebe mit gfB (März 1999)	56	74	61	53	61	69	26	30	24	26	36	29
(Sept. 2000)	52	67	54	56	69	56	30	27	31	33	40	28
Anteil an Beschäftigten (März 1999)	13,1	19,4	20,6	16,8	41,0	11,7	4,5	3,7	5,1	15,7	4,4	7,3
(Sept. 2000)	11,2	14,4	17,0	13,7	38,0	10,4	5,1	3,9	6,2	16,5	5,0	8,8
in letzten 12 Monaten Suche nach gfB												
- von allen Betrieben Anteil "ja"	17	24	19	22	25	23	6	7	6	13	8	8
- von Betrieben mit gfB Anteil "ja"	24	33	25	28	39	28	20	23	22	37	20	21
genügend Bewerber (Anteil "ja" von Betrieben, die gfB gesucht haben)	41	25	37	32	33	55	44	55	48	34	47	53
Auswirkungen der Neuregelung												
- nennenswerte Auswirkungen												
alle Betriebe	22	24	23	27	24	22	9	6	6	14	9	13
Betriebe mit gfB im März 1999	29	33	29	29	34	24	19	10	12	29	21	24
Entwicklung in den nächsten 12 Monaten ¹⁾												
- weiter gfB	77	85	79	70	77	77	79	90	71	80	82	79
- darunter etwa gleich viel	68	79	67	61	65	70	68	68	58	68	76	67
- keine gfB	4	4	3	1	3	5	4	2	4	3	7	3
- weiß nicht	15	11	13	27	17	16	14	8	23	15	7	16

¹⁾ Betriebe mit gfB im Sept. 2000, Differenz zu 100 %: Fälle ohne Angaben

Gewichtung: Betriebe

Quelle: IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot

Die letzten Ausgaben des **IAB**Kurzbericht im Überblick

- Nr. 8 Bildungsexpansion in Westdeutschland
18.4.01 **Stillstand ist Rückschritt**
Wirtschaftlicher und demographischer Wandel erfordern einen neuen Anlauf in den Bildungsanstrengungen auf allen Ebenen
- Nr. 9 Mitarbeiterbeteiligung
30.5.01 **Ein Weg zu höherer Produktivität**
Besonders in Westdeutschland liegt die Wertschöpfung in Beteiligungsbetrieben deutlich über dem Durchschnitt
- Nr. 10 Erwerbstätigkeit von Frauen
15.6.01 **Die Betreuung ist der Schlüssel**
Nur mit abgestimmten Angeboten lässt sich das weibliche Arbeitskräftepotenzial noch weiter erschließen
- Nr. 11 Erziehungsurlaub
20.6.01 **Hilfe zur Wiedereingliederung oder Karrierehemmnis?**
Die Kontakte zum alten Betrieb sind nicht leicht zu halten; nach der Unterbrechung werden die Frauen oft arbeitslos
- Nr. 12 Arbeitsmarktanalyse
27.6.01 **Saisoneinfluss und Konjunktur**
Antworten auf häufig gestellte Fragen zur Saisonbereinigung von Arbeitsmarktdaten – Ein Versuch in 17 Schritten
- Nr. 13 Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot
20.7.01 **Arbeitskräftemangel – Bereits Hemmnis für Wachstum und Beschäftigungsentwicklung?**
- Nr. 14 Eingliederungstitel
31.7.01 **Neue Freiheiten gut genutzt**
Die Arbeitsämter reagieren mit ihrer Arbeitsmarktpolitik auf unterschiedliche regionale Arbeitsmarktlagen
- Nr. 15 Fachkräftemangel
27.8.01 **Wie viel Potenzial steckt in den heimischen Personalreserven?**
Um einem künftigen Mangel an Arbeits- und Fachkräften zu begegnen, sind auch Alternativen zur Zuwanderung im Gespräch – In den Varianten der Potenzialprojektion des IAB sind sie bereits weitgehend enthalten
- Nr. 16 Enger Verbund
15.10.01 **Warum ist die US-Konjunktur für Deutschland so wichtig?**
Leo Pusse
- Nr. 17 Beispielhaft?
22.11.01 **Flexible Arbeitszeiten fördern Beschäftigung**
Der jüngste Tarifabschluss bei VW zur Auto 5000 GmbH belegt die Aktualität eines alten Themas

Die Reihe **IAB**Kurzbericht gibt es seit 1976. Eine Übersicht über die letzten Jahrgänge finden Sie im Internet oder in der kostenlosen Broschüre „**Veröffentlichungen**“ des IAB (Tel. 0911/179-3025).

IABKurzbericht
Nr. 18 / 29.11.2001

Redaktion
Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung
Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung
Hausdruckerei der BA

Rechte
Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Regensburger Str. 104,
D-90327 Nürnberg
Tel.: 0911/179-3025

IAB im Internet:
<http://www.iab.de>
Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an
Dr. Emil Magvas, Tel. 0911/179-3155
oder e-Mail: emil.magvas@iab.de

ISSN 0942-167X